



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 8. Oktober 2013 (10.10)
(OR. en)**

13906/13

**EMPL 3
SOC 709
EDUC 345
ECOFIN 810**

VERMERK

des	Vorsitzes
für den	Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil) / Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
Betr.:	Evaluierung des Europäischen Semesters 2013 in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik - <i>Gedankenaustausch</i>

Für den Gedankenaustausch auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 15. Oktober 2013 erhalten die Delegationen anbei einen Vermerk des Vorsitzes zum eingangs genannten Thema.

Evaluierung des Europäischen Semesters 2013

Orientierungsvermerk des Vorsitzes

Am 9. Juli hat der Rat die länderspezifischen Empfehlungen 2013 angenommen. Auf der Grundlage der vom Rat vorgenommenen Evaluierung sollen die im Zuge des Semesters 2013 gewonnenen Erfahrungen genutzt werden, um bei dem im nächsten Jahr anstehenden Zyklus Verbesserungen vorzunehmen. Das Europäische Semester ist nunmehr als wiederkehrender Prozess etabliert, und die Arbeiten im Hinblick auf den Zyklus im nächsten Jahr laufen jetzt bereits an (*d.h. die Vorbereitung der bilateralen Treffen zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten*).

Eine erste Bewertung des Prozesses und der länderspezifischen Empfehlungen hat bereits auf der Juni-Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) stattgefunden. Die Minister haben anerkannt, dass der verstärkte politische Dialog zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten den Ergebnissen des Europäischen Semesters zugute gekommen ist. Außerdem hat die verbesserte Koordination zwischen den einschlägigen Vorbereitungsgremien in Bezug auf bereichsübergreifende Fragen die Durchführung des Semesters reibungsloser gestaltet.

Was den Prozess betrifft, so wurden in erster Linie Bedenken hinsichtlich des sehr knappen zeitlichen Rahmens geäußert, der weder eine angemessene nationale Koordination noch eine echte multilaterale, gründliche Prüfung ermöglicht. Des Weiteren waren sich die Minister einig, dass die Bündelung der Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (MIP) und der nicht MIP-relevanten Empfehlungen in denselben länderspezifischen Empfehlungen die Aufteilung der Zuständigkeiten und die richtige Gestaltung der Beratungen noch mehr erschweren. Eine deutlichere Bezeichnung der wichtigen Fragen in den länderspezifischen Empfehlungen würde dazu beitragen, den Prozess künftig zu vereinfachen. Es muss sichergestellt werden, dass über alle Fragen, die in die Zuständigkeit der Arbeits- und Sozialminister fallen, im Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) entschieden wird.

In Bezug auf den Inhalt der länderspezifischen Empfehlungen haben die Minister darauf hingewiesen, dass Strukturreformen erst mit der Zeit ihre Wirkung entfalten. Eine Arbeitsmarktreform muss, wenn sie erfolgreich sein soll, mit anderen Reformen und mit einer allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen Hand in Hand gehen. Diese Reformen müssen auch anderen Zielen gerecht werden und der sozialen Akzeptanz Rechnung tragen. Den Regierungen und den Sozialpartnern muss Spielraum verbleiben, um Reformen auszuhandeln und durchzuführen, damit beispielsweise im Rentenbereich einvernehmliche Ergebnisse erzielt und so die Akzeptanz und das Engagement für die Reform im Land sichergestellt werden.

Generell wurde in Anbetracht des aktuellen wirtschaftlichen Hintergrunds einer zunehmenden Armut in einigen Mitgliedstaaten eine stärkere Einbeziehung sozialer Aspekte in das Semester gefordert.

Der Beschäftigungsausschuss und der Ausschuss für Sozialschutz haben ihre Evaluierung des Semesters im September vorgenommen. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Evaluierung durch die Ausschüsse werden dem Rat in gesonderten Dokumenten vorgelegt.

Abgesehen von den bereits angesprochenen Fragen muss besondere Aufmerksamkeit mehreren anderen Elementen gelten, die sich aus der Analyse der Ausschüsse ergeben haben. Die Zusammenarbeit zwischen den Vorbereitungsgremien des Rates hat sich zwar verbessert, muss jedoch noch optimiert werden. Der inklusive Ansatz und die koordinierende Rolle des Vorsitzes müssen beibehalten und ausgebaut werden. Die Kontakte zur Kommission können durch bilaterale Konsultationen, die stärker auf die besondere Lage der Mitgliedstaaten zugeschnitten sind, verbessert werden. Durch eine frühere Veröffentlichung der Arbeitsdokumente der Kommissionsdienststellen, die zu den länderspezifischen Empfehlungen gehören, ließe sich ein besseres Verständnis der analytischen Grundlagen der Empfehlungen erreichen. Aufbauend auf den bestehenden Instrumenten kann die Überwachung noch verbessert werden. Der Wortlaut der länderspezifischen Empfehlungen sollte die Bemühungen der Mitgliedstaaten in angemessener Weise widerspiegeln.

Ausgehend von dem Gedankenaustausch wird der Vorsitz dem Rat (Allgemeine Angelegenheiten) eine Zusammenfassung eines Syntheseberichts (*einschließlich der Beiträge anderer Räte*) vorlegen, in dem die Aspekte hervorgehoben sind, die während des Semesters 2014 weiter geprüft werden müssen.

Die Minister werden ersucht, die Aspekte zur Sprache zu bringen, die ihrer Ansicht nach von besonderer Bedeutung sind.

Im Hinblick auf das bevorstehende Semester 2014 könnten die Minister insbesondere spezielle politische Fragen und Sachelemente zur Sprache bringen, die die Kommission in ihrem Jahreswachstumsbericht behandeln sollte.